

# SPANDAUER RATHAUSBRIEF

SPD-FRAKTION SPANDAU



HEYO KROEMER IM GESPRÄCH

Der Chef der Berliner Charité berichtet über die aktuelle Lage

SEITE 3

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK SPANDAU · AUSGABE SOMMER 2020



Liebe Spandauerinnen und Spandauer,

es ist eine außergewöhnliche und herausfordernde Zeit, in der wir leben. Die Corona-Pandemie hat uns allen in den vergangenen Wochen viel abverlangt und auch jetzt noch belastet sie das Leben vieler Menschen im Bezirk.

Obwohl sich gerade die Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen häufen und uns Hoffnung machen, sind wir noch weit von Normalität, von einer unbeschwerteren Zeit, entfernt. So erwartet uns in den bevorstehenden Monaten ein Sommer, wie wir ihn noch nie erlebt haben.

In dieser Ausgabe unseres Rathausbriefs möchten wir Sie über die aktuellen Themen in Spandau und Berlin informieren und ich möchte die Gelegenheit nutzen Ihnen trotz aller Entbehrungen eine schöne und erholsame Sommerzeit zu wünschen.

Bei Fragen oder Anregungen rund um die Bezirkspolitik können Sie sich gerne an uns wenden. Sie erreichen unsere Mitarbeiter\*innen im Fraktionsbüro unter der Telefonnummer: 030 90 279 2407 sowie unter der E-Mail-Adresse: info@spd-fraktion-spandau.de. Gerne können Sie mir aber auch persönlich schreiben unter: hass@spd-fraktion-spandau.de.

Bleiben Sie und Ihre Liebsten gesund!

Mit freundlichen Grüßen  
**Ihr Christian Haß**  
Fraktionsvorsitzender  
SPD-Fraktion BVV Spandau



Der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Raed Saleh an seinem Arbeitsplatz. Foto: SPD-Fraktion Berlin

## In der Krise investieren statt sparen!

Saleh fordert antizyklisches Handeln, um die Wirtschaft zu stützen

**Die weltweite Herausforderung durch Corona trifft auch den Berliner Landeshaushalt. Die Hoheit über den Berliner Finanzhaushalt hat das Parlament im Abgeordnetenhaus. Mit diesem Nachtragshaushalt hat das Landesparlament sein Königsrecht, die Aufstellung des Landeshaushaltes, in die Hand genommen.**

Für die SPD-Fraktion war es von Anfang an klar, dass es auf Grund der Corona Pandemie keine Kürzung von Haushaltsmitteln geben darf. „Wir müssen jetzt groß denken und nicht immer nur Löcher stopfen. Das ist kluge, vorausschauende Politik in der Krise. Wir müssen vorausdenken, wo wir unsere Stadt in zehn, in fünfzehn Jahren sehen und was wir dafür brauchen – und genau das tun wir mit diesem Gesetz. Wir haben eine Vision, einen Fahrplan. Wenn unsere Wirtschaft in Berlin nicht abgewürgt werden soll, dann müssen wir jetzt massiv in sie investieren“, so Raed Saleh der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Deshalb werden die massiven Steuerausfälle und Corona-Hilfspakete

durch geliehenes Geld ausgeglichen. Langfristige Kredite sollen helfen, die Wirtschaftskrise, die durch die Pandemie ausgelöst wurde, zu überwinden. Saleh weiter: „In Zeiten von Wirtschaftskrisen muss der Staat antizyklisch handeln, also investieren, wenn die Wirtschaft schwächelt. Das bedeutet für Berlin, Unternehmen, Familien sowie ehrenamtliche und Vereinsstrukturen massiv zu unterstützen.“

Dies kann man an Zahlen verdeutlichen. So werden bis zu 300 Mio. Euro aufgewendet, um die Einnahmeausfälle bei BVG und Eisenbahnverkehrsunternehmen zu kompensieren. Der öffentliche Personennahverkehr darf nicht finanziell darunter leiden, dass Menschen in der Pandemiezeit den Bus, die U-Bahn oder die Tram weniger genutzt haben.

Mit dem aktuellen Nachtragshaushalt will man die Wirtschaftshilfe für Berliner Unternehmen fortführen. Neben den Solo- und Kleinbetrieben sollen jetzt auch Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitenden gefördert werden. Gerade dieses mittelständige Unternehm-

ertum hat in Berlin in den letzten Jahren geholfen, positive Zahlen in Steuereinnahmen und guter Arbeit zu schaffen. „Wirtschaftshilfe für gerade diese Unternehmen ist aktive Arbeitsmarktpolitik. So werden viele Arbeitsplätze unbürokratisch erhalten“, so Saleh.

Eine weitere Komponente ist die Familienförderung. Hier sollen Familien mit minderjährigen Kindern ohne Anspruch auf Notbetreuung unterstützt werden. So will man einen Ausgleich von Arbeitszeitverkürzungen schaffen, die durch die Elternbetreuung entstanden sind.

Die Hilfen für Soloselbstständige sollen erweitert werden. Die Zuschüsse werden künftig auch auf die Lebenshaltungskosten der Soloselbstständigen anwendbar sein. Die Vielfalt der Verkaufsangebote muss für Berlin erhalten werden. Um das zu erreichen muss auch das Kleinstgewerbe gefördert werden. Hierzu gehören auch Künstlerinnen und Künstler. Gerade das ehrenamtliche Engagement in Vereinen will man unterstützen. Ehrenamt ist eine wichtige Säule in vielen Bereichen der Hauptstadt. Hier will man

den Vereinen eine Unterstützung zukommen lassen, damit sie ihre Arbeit für die Menschen weiterführen können und nicht in finanzielle Schieflage geraten.

Mit dem Nachtragshaushalt soll ebenfalls sichergestellt werden, dass die schon beschlossenen Ziele wie Verkehrswende, die gebührenfreie Kita, das kostenlose Schulsessen oder die kostenlose Nutzung des Berliner ÖPNV für Schüler weiter die Berliner Familien entlasten. Das Land Berlin als Eigentümer von Unternehmen, wie der BSR, der BVG oder den landeseigenen Wohnungsbauunternehmen muss in der Krise beispielhaft handeln. So sollen gewerbliche Mieterinnen und Mieter bei deren Problembewältigungen von den landeseigenen Betrieben unterstützt werden, indem zum Beispiel Mieten von Gewerbetunden gestundet werden. „Die Krise gemeinsam meistern und Berlin weiter zu der familienfreundlichsten Stadt Europas zu entwickeln, muss das Ziel des aktuellen politischen Handelns sein und bleiben“, so Saleh zum zentralen Ziel des aktuellen Nachtragshaushaltes.

### IN DIESER AUSGABE

**CORONAVIRUS & KULTUR**  
Wissenswertes von Tim Renner  
SEITE 2

**SCHULBAUOFFENSIVE**  
Helmut Kleebank zu den Investitionen in Spandau  
SEITE 4

**STEPHAN MACHULIK**  
Wenn der Markt nichts regelt...  
SEITE 5

**SCHILDBÜRGERSTREICH**  
Bänke in der Cautiusstraße wieder aufgestellt  
SEITE 6

**DAS GROßE SPANDAU RÄTEL**  
Mitmachen und Gewinnen!  
SEITE 7

## Mit Abstand ist Schwimmen am besten!

Trotz Corona ist das Schwimmbad in Spandaus Süden gut zu nutzen

Das Sommerbad Spandau-Süd ist seit dem 25. Mai geöffnet. Schwimmen ist nun wieder täglich möglich, jedoch nur in festgelegten Zeitfenstern (7.00 – 10.00 Uhr, 11.00 – 15.00 Uhr und 16.00 – 20.00 Uhr).

Die Zahl der Badegäste ist pro Zeitfenster auf maximal 207 Personen begrenzt. Auch gelten hier die bekannten Hygieneregeln, so ist der Mindestabstand von 1,5 Metern auch im Wasser einzuhalten und auf der Liegewiese soll

man sich nicht zu nahekommen! Duschen und Umkleidekabinen sind geschlossen, nicht aber die Toiletten. Hört sich kompliziert an, funktioniert aber tadellos!

Uwe Ziesak, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksverordnetenversammlung Spandau hat sich davon überzeugt und wird das Sommerbad Spandau-Süd diesen Sommer gerne wieder aufsuchen.

„Das eine oder andere Mal gab es kleinere Probleme mit dem Ab-

standhalten in den Becken, wie mir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berichteten. Beim heutigen Selbstversuch verhielten sich aber alle Badegäste ruhig, freundlich und diszipliniert - eine entspannte Atmosphäre.“

Und beobachtet man die Spielwiese: Selbst das Ballspielen mit Abstand funktioniert“, so Ziesak.

Für Badegäste, die nicht über einen Internetzugang verfügen, wäre die Möglichkeit einer Barzahlung vor Ort sicherlich



Ziesak vor dem Sommerbad.

Foto: Redaktion

wünschenswert. Doch auch hier wurde von Nachbarschaftshilfe berichtet, die in Corona-Zeiten die Menschen zusammenbringt. Die Nachbarn mit Internetzugang buchen für die Nachbarinnen und Nachbarn ohne einen eigenen Internetzugang.

Uwe Ziesak: „Auch bei allen Besonderheiten in diesen Corona-Zeiten, ein Besuch im Sommerbad Spandau-Süd lohnt sich immer. Es erfrischt, hält fit und macht gute Laune!“

# Was ist systemrelevante Kultur?

Von Tim Renner, ehemaliger Kulturstaatssekretär Berlin

Was haben Sie eigentlich während der Corona Wochenenden und Abende gemacht, damals vor einigen Wochen, als es nicht einmal möglich war, Freunde zu treffen oder ins Restaurant zu gehen? Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass Sie Bücher gelesen, Filme und Serien geguckt, Musik gehört oder Games gespielt haben. All das ist Kultur. Sie hat geholfen, uns durch eine schwere Zeit zu bringen. Sie war unser Fenster nach außen, unser Freund in der Social Distancing Einsamkeit. Kurz: Kultur ist systemrelevant und das hat man nie so gemerkt wie jetzt.

Naja, ist das wirklich Kultur was da geschaut, gelesen, gehört oder gespielt wurde, wird sich mancher fragen. Klar, viele von uns haben Serien auf Netflix, Amazon oder was auch immer gesehen, Rap aus Neukölln gehört, oder mehr Posts und Tweets als Klassiker gelesen. Ist das nicht eher Unterhaltung? Ja, aber wieso ist etwas keine Kunst nur weil es unterhält? Mozart war ein Popstar und hat die Menschen mit der Zauberflöte prima unterhalten, Goethe hat zu seiner Zeit einen Bestseller nach dem anderen geschrieben. Dass Kultur etwas Ernstes, Schwieriges und möglichst Altes ist, ist ein Idee die eingeführt wurde, um Klassen zu trennen.

Die Kraft der Kultur besteht jedoch in Wirklichkeit darin zu verbinden. Ihre Aufgabe ist es nicht,



Der ehemalige Kulturstaatssekretär Tim Renner. Foto: Matthias Rewig

## IMPRESSUM

Spandauer Rathausbrief  
Wissenswertes aus Berlin  
und dem Bezirk Spandau

Herausgeber:  
SPD-Fraktion Spandau  
Fraktionsvorsitzender  
Christian Haß (v.i.S.d.P.)

Carl-Schurz-Str. 2-6, 13597 Berlin  
Raum 1210 - Nebengebäude

Redaktion des Spandauer Rathausbriefes:  
Ina Bittroff, Sebahat Atli, Christian Haß, Julian Sterf, Nanook Sendrowski, Roman Krüger, Jürgen Jänen, Lukas Schulz, Uwe Ziesak, Stephan Machullik, Helmut Kleebank, Andy Schröder, Francesco-Marco Tommasino

Redaktionelle Bearbeitung:  
Jürgen Jänen, Susanne Pape, Nanook Sendrowski, Francesco-Marco Tommasino

Layout & Satz:  
Francesco-Marco Tommasino, Jürgen Jänen

Organisation & Vertrieb:  
Lukas Schulz, Steffen Hofmann

die Wissenden von dem gemeinen Volk zu trennen, sondern Themen anzusprechen, Gefühle zu artikulieren, Menschen zusammen zu bringen. Kultur ist nicht das Privileg der herrschenden Klasse, sondern der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Natürlich heißt das nicht, dass nur das Zeitgenössische wichtig wäre. Auch das Erinnern und Bewahren gehört zur Kultur. Es ist richtig, dass wir uns gönnen, eine große Breite von Klangkörpern (allein Berlin hat acht staatlich finanzierte Orchester), Opern und Theater zu erhalten, auch wenn sie nur einen Bruchteil der Bevölkerung erreichen.

Allerdings kann man sich fragen, wo all diese Institutionen und Menschen in der Krise waren, als wir sie brauchten? Wie oft hat sich ein

Opernsänger aufgemacht um im Altenheim zu singen, wie viele Einmann/frau Inszenierungen haben unsere staatlichen Theater los gestoßen, um Corona zu thematisieren und bei uns zu sein und wie häufig trafen wir die Philharmoniker oder andere vor den Krankenhäusern an, wo sie mit dem gebotenen Abstand, dem Pflegepersonal und Patienten beigestanden haben? Anders als in der Freien Szene, wo ein Streaming Konzert und eine Aktion die andere jagte, war der Output der staatlich geförderten Kultur in der Krise eher überschaubar.

Krisen sind dazu da, um danach neu anzufangen. Vielleicht sollten wir jetzt zwei mutige Schritte wagen: Einerseits sollten wir nicht versuchen, den enormen Schaden, den Künstlerinnen und Künstler durch

Corona erlitten haben, mit der Gießkanne zu reparieren. Wir sollten endlich mit der perfiden Trennung in E (ernste) und U (Unterhaltung) Kultur aufhören. Die Milliarden, die gerade zur Verfügung stehen, sollten wir nutzen, um sie gezielt einzusetzen und eine Parität herzustellen. Wenn wir Film, Pop, Rock, Clubbing und ähnliches nicht nur als Lippenbekenntnis so ernst nehmen wie Theater, klassische Musik und Co, dann müssen wir ihnen jetzt als Staat Orte sichern. Diese Orte sind in der wachsenden Stadt bedroht.

Die Deutsche Oper gehört uns Bürgern, genauso wie die Schaubühne oder die Philharmonie. Aber wieso dann nicht auch die wichtigsten Kinos wie das International oder Babylon in Mitte, aber auch wichtige lokale Versorger wie das Open Air

Kino Spandau oder das Spandauer Ballhaus, ähnlich bei den Clubs. Egal ob Berghain oder Columbia und genauso kleine Spielstätten der Grundversorgung wie das JWD, wenn Orte der Kultur bedroht sind und Kultur systemrelevant ist, dann ist es Aufgabe des Staates die Grundversorgung sicherzustellen, indem man ihre Spielstätten rettet. Genauso wie jedes Theater oder Museum kann man auch solche Orte durch eine Intendantin oder einen Direktor betreiben lassen. Das System ist gelernt und hat sich an staatlichen Häusern bewährt.

Corona ist eine Erfahrung. Vieles an ihr war und ist schmerzhaft, manches hat aber auch zur Erkenntnis beigetragen. Lasst uns diese Erkenntnis nutzen, Kultur anders einordnen, anders bewerten und anders organisieren. Es ist Zeit für einen Neuanfang.

## Gewinn maximieren mit Corona-Hilfen

Wie Spekulanten in Corona-Zeiten Millionen ergattern!

Heinz Hermann Thiele ist laut Forbes Magazin einer der reichsten Deutschen. Nach aktuellen Schätzungen besitzt er ein Vermögen von rund 13,2 Milliarden Dollar und ist an einer Reihe von Unternehmen beteiligt, wie zum Beispiel Knorr-Bremse, Vossloh oder der Lufthansa. Als Verantwortlicher ist er bisher dadurch aufgefallen, dass er Tarifverträge aufkündigte und mit leeren Versprechungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Gehaltsverzicht drängte. Die Erbschaftsteuer bezeichnete Thiele, selbst Mitglied der CSU, als „eine Art Enteignung“.

Das Unternehmen Knorr-Bremse, Weltmarktführer im Bereich von



Thiele erhielt 10% der Lufthansa-Aktien. Foto: Pixabay

Bremstechnik für Schienen- und Nutzfahrzeuge, schickte kürzlich 4000 der insgesamt 5500 Beschäftigten in Kurzarbeit. Das bedeutet einen Gehaltsverlust von bis zu 40% pro Monat. Im April kündigte das Unternehmen dennoch an, üppige Dividenden auszahlen zu wollen. Hauptprofiteur davon: Heinz Hermann Thiele.

Er hält 70% der Aktien und kann mit rund 200 Millionen Euro rechnen. Erst schiebt er seine Lohnkosten durch Kurzarbeit auf den Sozialstaat ab, nimmt damit existenzbedrohende Kürzungen bei seinen eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kauf und greift dann eine dreistellige Millionen Summe an Dividenden ab.

Im März kaufte Thiele in großem Stil Lufthansa Aktien. Durch die Corona Auswirkungen konnte Thiele die Aktien zu einem Schnäppchenpreis erwerben. Insgesamt 10% der Aktien sind jetzt in Thieles Besitz. Er ist damit der größte Anteilseigner. Zu diesem Zeitpunkt war bereits bekannt, dass der deutsche Staat der Lufthansa mit einem Milliarden Zuschuss unter die Arme greifen will. Dies stabilisierte natürlich den Aktienpreis.

Allein durch diesen Spekulationskauf kann Thiele Millionen Euros legal erwirtschaften. Die jetzigen Pläne zur Rettung des von der Pleite bedrohten Luftverkehrsriesen sehen eine Finanzspritze von neun Milliarden Euro vor.

Am Ende wird Thiele einer der größten Profiteure von dem Staatsgeld sein, wenn er die Aktien für einen gestiegenen Preis an der deutschen Börse wiederverkaufen kann und Millionen verdient. Dies wurde bis zum heutigen Zeitpunkt durch den Verlauf des Aktienkurses bestätigt. Die Beschäftigten bei der Lufthansa, die ihren Job verlieren, werden ihn wohl wieder wenig interessieren.

Auch hier gilt für Thiele: Profit ist wichtiger als die persönlichen Schicksale der von Kurzarbeitergeld oder Kündigungen betroffenen Belegschaft. Aus diesem Grund muss der Staat handeln. Wenn Staatshilfen fließen, dürfen keine Dividenden ausgezahlt oder spekulationsorientierte Aktienverkäufe genehmigt werden.

# „Ich habe da mal `ne Frage“

Raed Saleh spricht mit dem Chef der Berliner Charité Heyo Kroemer über die aktuellen Entwicklungen

„Ich habe da mal `ne Frage - Mein Name ist Raed Saleh und heute treffe ich Heyo Kroemer, Chef der Berliner Charité.“ So fängt der Podcast von Raed Saleh mit Kroemer an. Wir haben hier einen Auszug des Interviews für den Spandauer Rathausbrief abgedruckt:

**Heyo Krömer, Sie sind der Vertreter einer ganz wichtigen Institution in Berlin.**

Ja, ich bin an der Charité Universitätsmedizin

**Das heißt, Sie sind das Gesicht, im Grunde genommen „the brain“, von all dem, was momentan in ganz Deutschland und darüber hinaus in Europa passiert. Alle haben gerade ihren Fokus auf der Charité.**

Ich bin ein Gesicht und ein Gehirn von 19 000, die hier zusammen versuchen für Berlin und darüber hinaus die Gesundheitsversorgung sicherzustellen, gute Forschung zu machen und gute Ausbildung zu bieten.

**Vor einem Jahr sind Sie nach Berlin gekommen. Direkt an die Charité. Sie sind so richtig ins Geschehen geworfen worden. Was war das für ein Gefühl für Sie?**

Ich glaube, dass die letzten Monate schon spannend und interessant waren. Auf der anderen Seite, glaube ich, hat jede und jeder verstanden, wofür Universitätsmedizin im Allgemeinen, und die Charité im Besonderen, wirklich da ist, nämlich in solchen Krisen zu helfen und einen entscheidenden Beitrag zu leisten.

**Klingt sehr bescheiden. Aber es ist doch so, dass Sie aufgrund der Corona-Krise von null auf hundert mussten.**

Ich glaube, von null auf hundert muss man in solchen Positionen immer. Dass die letzten Monate

und selbstverständlich sollte man sich einer solchen Aufgabe bescheiden und respektvoll nähern.

**Sie sind, wie Sie gesagt haben, eines von 19 000 Gesichtern. Aber Sie haben schon eine ganz wichtige Rolle. Wie sehen Sie Ihre Arbeit? Skizzieren Sie mal für die Leserinnen und Leser den Alltag eines Charité-Chefs.**

Der Alltag eines Charité-Chefs gestaltet sich so normal wie bei allen anderen Menschen auch. Ich fahre morgens mit dem Fahrrad.

Ich verbringe im Moment, coronabedingt, meine Zeit ausschließlich in Berlin im Büro. Zu normalen Zeiten hat man eine Reihe von Auswärtsterminen, aber der Tag hat überwiegend damit zu tun, dass ich mich mit unterschiedlichen Menschen über verschiedene Probleme unterhalte. Das heißt, meine Arbeit ist zu 90 Prozent Kommunikation mit Kolleginnen und Kollegen. Das sind Professorinnen und Professoren und Leute aus den Personalräten. Dieses breite Spektrum im Umgang mit Menschen ist das, was mir Spaß macht.

**Dann kommen Politikerinnen und Politiker auf Sie zu und fangen an Fragen zu stellen. Gerade jetzt in diesen Zeiten zum Thema Covid-19. Nervt Sie das?**

Nee, überhaupt nicht. Wir sind ein staatliches Unternehmen, verstehen uns auch als solches. Wenn mich das nerven würde, hätte ich den falschen Job. Gerade in Berlin ist das eine sehr intensive Interaktion, die es mit der Politik gibt, im übrigen auch mit der Bundespolitik, und man hat, mehr als an anderen Standorten üblich, die Möglichkeit, gegenüber der Politik seine Meinung und seine Interessen zu vertreten. Meine Wahrnehmung ist es bis jetzt, dass, wenn von Seiten der Charité etwas gesagt

Dinge, Impfstoffe und Arzneimittel, und es gibt, glaube ich, wie noch nie vorher in der Geschichte weltweite Bemühungen um Impfstoffe und um neue Arzneimittel gegen den Corona Virus. Was dabei schneller sein wird, ist schwer abzuschätzen. Wir hoffen darauf, dass zumindest eines oder mehrere der vielen Impfstoff-Projekte zu einem Erfolg führt, müssen uns aber vor Augen halten, dass es bei anderen Krankheiten, zum Beispiel bei HIV, bis heute keinen Impfstoff gibt. Trotzdem hat die Krankheit einen Teil ihres Schreckens verloren, weil es gute Medikamente gibt.

bei uns passiert, das ist undenkbar. Sie sehen bei verschiedenen Anlässen, wenn Sie nur an den Standort, wo ich zuletzt war, nämlich in Göttingen, denken, dass relativ schnell Dinge passieren können, die außer Kontrolle geraten. Ich empfehle Bescheidenheit, aber was bis jetzt passiert ist, das war meines Erachtens angemessen und hat auch zu den entsprechenden Erfolgen auf der Gesundheitsseite geführt.

**Sie sprechen mir aus der Seele. Ich gehöre zu denjenigen, die den Weg der Gesundheitssektorin Kalayci unterstützten. Am Anfang, als die Bilder aus**

**Arbeit“ ist Sozialdemokraten heilig. Wir haben damals verabredet und auch im Parlament beschlossen, dass die Kolleginnen und Kollegen bei den Charité-Töchtern, zurückgeholt werden in den Mutterkonzern. Das ist jetzt passiert. Haben sie ein gutes Gefühl dabei?**

Also im Grundsatz ist die Überlegung, dass man für gleiche Arbeit gleiche Löhne zahlt, richtig. Auf der anderen Seite muss ich genauso klar sagen, dass das, was in der Vergangenheit passiert ist, dass man nicht das gesamte System betrachtet hat und einzelnen Kolleginnen und



Der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Raed Saleh im Gespräch mit Heyo Kroemer.

Foto: SPD-Fraktion Berlin



Der Chef der Berliner Charité Heyo Kroemer spricht über die aktuellen Entwicklungen. Foto: SPD-Fraktion Berlin

besondere Herausforderungen und Situationen geboten haben, wie man sie auch nach langen Jahren in der universitären Medizin nicht kannte, das ist klar.

**Wurden Sie in Berlin mit offenen Armen empfangen?**

Ja, in jeder Hinsicht. Sie können meinem Lebenslauf entnehmen, dass ich schon in sehr vielen Städten tätig war. Berlin ist außergewöhnlich offen gegenüber Leuten, die hier neu ankommen.

**Was waren das für Gefühle, als Sie hier ankamen?**

Ich war vorher schon sehr lange an anderen Universitätsmedizinen tätig, die deutlich kleiner waren. Die Charité ist etwas Besonderes

wird, wird das auch durchaus ernst genommen und in die Diskussion aufgenommen.

**Das heißt, Sie sagen der Kanzlerin: Liebe Frau Bundeskanzlerin, ich habe folgenden Tipp für die Politik, und Sie haben das Gefühl die Politik nimmt das dann wohlwollend zur Kenntnis oder sind Sie gerade jetzt auch als Mediziner, als Wissenschaftler eher Taktgeber der Politik. Manche behaupten, dass die Politik zurzeit von der Wissenschaft sehr intensiv beraten wird.**

Dazu habe ich eine ganz bestimmte Meinung. Wir haben jetzt ein paar Monate hinter uns, in denen wissenschaftliche Erkenntnisse bei politischen Entscheidungen eine Rolle gespielt haben. Wir müssen uns aber immer wieder vor Augen führen, dass die einzigen Menschen, die in diesem Land legitimiert sind, Entscheidungen zu treffen, die demokratisch gewählt sind, sind Politikerinnen und Politiker sind. Wissenschaft kann Hinweise geben, aber entscheiden tut am Ende des Tages die Politik, und das, glaube ich, ist eine ganz wichtige Sache. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen. Die Republik wird nicht von Virologen regiert, auch nicht in der Corona-Zeit. Die demokratisch legitimierten Menschen sind Politikerinnen und Politiker. Darauf lege ich immer wieder Wert. Mit der Kanzlerin hatte ich gelegentlich mal zu tun, aber es ist mitnichten so, dass ich ihr irgendwelche Ratschläge geben könnte.

**Sie sind Pharmakologe, also Experte für Arzneimittel. Jetzt stellt sich die Frage, wann haben wir endlich einen Impfstoff?**

Das sind zwei unterschiedliche

Was schneller da sein wird, bleibt abzuwarten. Ich bin optimistisch, dass es entweder auf der Impfstoff- oder auf der Medikamentenseite Substanzen geben wird, die die Infektion in Zukunft handhabbar machen werden.

**Nervt Sie manchmal als Verantwortlicher bei der Charité die ganze Diskussion um Corona? Bräuchte es mehr Gelassenheit bei dem Thema?**

Nee, also noch mal, wenn ich irgendwie genervt wäre, wäre ich falsch hier. Ich bin ein relativ phlegmatischer Norddeutscher und nicht so leicht zu nerven. Die Diskussion gelassen zu führen, war, glaube ich, in dem Moment vorbei, als wir alle abends in der Tagesschau diese Autos der italienischen Armee gesehen haben, die Leichen abtransportiert haben. Stellen Sie sich diese Situation mal in Berlin vor. Ich möchte gerne nochmal deutlich machen, wo ich jetzt die Möglichkeit habe, allen Leuten, die es hinterher besser wissen, zu sagen: Wir waren in der Situation, dass ganz klar vorhergesagt wurde, dass am Ostermontag in Berlin die Intensivkapazität zu Ende gegangen wäre. Am Dienstag nach Ostern hätten wir hier gestanden mit 200 Menschen, die intensivpflichtig gewesen wären und es hätte keine Intensivbetten gegeben. Das muss sich jeder vor Augen führen, der jetzt sagt, wir haben zu viel gemacht, der die Betten Klinik in der Messe kritisiert. Ich glaube, dass die Bundesrepublik Deutschland entschlossen und angemessen reagiert hat. Ich habe gestern mit einem Kollegen aus England gesprochen, wenn Sie die Zustände da hören, was da passiert ist, und sich vorstellen, das wäre

**Italien, aber auch die Bilder aus Madrid überall zu sehen waren, habe ich gesagt, man muss diesen Weg schnell und konsequent gehen, damit man Menschenleben schützt, weil Gesundheitsschutz geht vor allem. Hätten Sie sich gewünscht, dass der Lockdown noch zwei Wochen länger gegangen wäre?**

Das ist schwer zu beantworten. Wenn Sie die momentanen Zahlen sehen, würde ich eher sagen nein. Wir haben eine geringe Zahl an täglichen Neuinfektionen, die Zahl der schwer kranken Menschen, die bei uns in der Charité wegen der COVID-Infektion behandelt werden, sinkt permanent. Wobei, das lassen Sie mich noch mal schnell sagen, Berlin ist nicht immer für gute Organisation bekannt, aber was man hier im Krankenservicebereich COVID gemacht hat, nämlich die Krankenhäuser strukturell gegen Ende abzuschichten, zu sagen es gibt ein Level 1 Krankenhaus, die Charité, und da werden alle schweren Fälle konzentriert, das hat sich meines Erachtens wirklich bewährt. Auch, dass die ganzen Intensivbetten in Berlin trägerübergreifend von einer Stelle belegt werden konnten. Also, wenn Sie jetzt fragen, was wäre denn passiert, wenn wir eine Woche länger Shutdown gemacht hätten. Das hätte die Wirtschaft sicherlich deutlich mehr getroffen und die bisherigen Zahlen, die wir bis jetzt sehen, rechtfertigen in aller Vorsicht, dass wir so gehandelt haben und diesen Lockdown aufgehoben haben.

**Die Frage muss ich stellen, weil mir das Thema seit vielen Jahren wichtig ist. Sie wissen das Thema „gleiche Bezahlung für gleiche**

Kollegen mehr gegeben hat, unter der Vorstellung, dass man das ein Haus weiter ändern wieder wegnehmen muss, grundsätzlich ablehne. Das heißt, wenn wir mit dem Senat den Weg gemeinsam weiter gehen, dass gleiche Arbeit gleich bezahlt wird, muss man auch die klare Ansage machen, dass die dafür notwendige Ressourcen bezahlt und zur Verfügung gestellt werden müssen. Was nicht im Kern unserer Expertise liegt, zum Beispiel malern und bauen, und dass man das strukturell in eigenen Einheiten repariert, die dann von der Bezahlung gleich oder ähnlich sind. Das halte ich nach wie vor für richtig.

**Wo sehen Sie die Charité in zehn Jahren?**

Wir sind gerade dabei, eine Strategie 2030 für die Charité zu entwerfen. Wir überlegen, wie Medizin in zehn Jahren aussehen wird, wie man die Charité positioniert. Natürlich hätte ich gerne, dass die Charité 2030 ein wirklich international führendes Universitätsklinikum ist und für Berlin, und weit darüber hinaus, eine entscheidende Rolle in der Krankenversorgung, aber auch in der Forschung und Ausbildung junger Menschen bietet. Ein sekundärer Effekt ist die wirtschaftliche Bedeutung für Berlin. Ich sage das bei jeder Gelegenheit, das Land Berlin hat über 50 Prozent aller stationären Betten in einem dreieinhalb Millionen Großraum in eigener Hand, das heißt, Sie können hier die Zukunft des Gesundheitssystems in einer Art und Weise beeinflussen, wie das an anderen Standorten nicht geht, und diese Chance sollte man sich nicht entgehen lassen.

Vielen Dank für das Gespräch.

# Schulbauoffensive in Spandau

## 3,2 Mio. Euro mehr für die Spandauer Schulen als ursprünglich geplant

Das Bezirksamt Spandau hat im Mai beschlossen mehr Geld in die Schulen zu investieren als bisher geplant. Damit steigen die Kosten für die bauliche Unterhaltung in diesem Jahr von ursprünglich geplanten rd. 8,4 auf 11,6 Mio. Euro.

„Damit können wir zusätzliche Sanierungs- und Reparaturmaßnahmen durchführen, die dringend notwendig sind“, berichtet Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank (SPD). Auf der Liste der zusätzlichen Maßnahmen finden sich vor allem solche, bei denen der immer noch vorhandene Sanierungsstau den Schulbetrieb gefährdet. So müssen z. B. an der Birkengrundschule, der Lindengrundschule, der Schule an der Haveldüne und dem Lilly-Braun-Gymnasium marode Fenster ausgetauscht werden. An mehreren Schulen müssen Alarmanlagen erneuert, Dächer saniert oder Rampen und Fluchttreppen gebaut werden.

Ein größeres Projekt gibt es am Carl-Friedrich-von-Siemens-Gymnasium: Die gesamte Schmutzwasserleitung inklusive Hebeanlage muss aufgrund altersbedingter Schäden neu gebaut werden, mit Kosten von rund 500.000 Euro. Kleebank dazu: „Im schlimmsten Fall müssten wir bei einer Havarie dieser Schmutzwasserleitung sogar die Schule schließen. Sämtliche Sanieranlagen hängen



Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank bei der Grundsteinlegung mit Mitgliedern des Berliner Senates.

Foto: BA Presseveröffentlichung

letztlich an dieser Leitung. Das können und wollen wir nicht riskieren.“

„Vor allem in den Sommerferien versuchen wir an vielen Standorten gezielt diejenigen Baumaßnahmen durchzuführen, die im normalen Schulbetriebe schwer zu realisieren sind“, führt Kleebank weiter aus. „Dazu zählen zum Beispiel Malerarbeiten und die Erneuerung von Bodenbelägen in den Gebäuden. In diesem Sommer werden davon etwa

15 Schulen profitieren.“

Größere Sanierungsmaßnahmen werden im Sommer und bis in das kommende Schuljahr hinein fortgesetzt. Dazu gehört die Birkengrundschule mit der Sanierung der Sanitärebereiche und von Fassadenbereichen sowie der Anbau eines Aufzugs. Kleebank weiter: „Die Birkengrundschule wird vor allem von der Errichtung eines Modulare Ergänzungsgebäudes, eines sogenannten MEB, profitieren. Wir rechnen mit einem Baubeginn

nach den Sommerferien.“

Weitere größere Sanierungen laufen an der Schule am Staaken Kleeblatt, der Schule am Gartenfeld (Gartenfelder Straße), der Paul-Moor-Grundschule und der Siegerland-Grundschule weiter. Von den sogenannten MEB hatte Spandau schon in der Vergangenheit profitiert. Bezirksbürgermeister Kleebank: „An allen Sonderprogrammen des Landes für den Schulbau haben wir sofort aktiv mitgearbeitet. Der allererste

MEB, der in Berlin gebaut worden ist, steht an der Siegerland-Grundschule. Inzwischen sind es insgesamt fünf. Der letzte wurde gerade an der Peter-Härtling-Grundschule in Betrieb genommen, in Kürze der neue MEB der Schule an der Pulvermühle. Und weitere sind in Planung.“

Von den zehn Neubauschulen im beschleunigten Verfahren, die der Senat den Bezirken angeboten hat, entstehen drei in Spandau. Dazu zählt auch die Erweiterung der Borchert-Oberschule, bei der wir vor kurzem die Grundsteinlegung feiern konnten. Für den Ersatzneubau der Heinrich-Böll-Oberschule steht die Grundsteinlegung in Kürze an. Genauso wie der Neubau einer Grundschule an der Ecke Goltz-/Mertensstraße in Hakenfelde. Bei den sogenannten Typensporthallen sieht es ähnlich aus. Die ersten beiden entstehen zurzeit am Carl-Friedrich-von-Siemens-Gymnasium. Weitere wird es an der Bernd-Ryke-Grundschule und an der Siegerland-Grundschule geben. Insgesamt werden in Spandau in den kommenden Jahren mindestens elf zusätzliche 3-Feld-Sporthallen neu entstehen.

„Was den Schulbau betrifft, steht Spandau im Vergleich inzwischen sehr gut da“, fasst Kleebank zusammen. „Wir profitieren überdurchschnittlich von allen Sonderprogrammen, haben mehrere große Neubau- und Erweiterungsvorhaben und für den Vereinssport sanieren und erweitern wir in großem Umfang.“

## Konjunkturpaket „mit Wumms“

### SPD: „Wir stärken Kommunen und Familien“

Insgesamt 130 Milliarden Euro nehmen Bund und Länder für ein großes Konjunkturpaket in die Hand. Allein 120 Milliarden Euro davon kommen vom Bund. Im Mittelpunkt stehen Unterstützung für Familien, eine Mehrwertsteuersenkung und die Entlastung der Kommunen. Auch die Stromkosten sollen sinken. Und für Branchen, die besonders von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen sind, wird es Überbrückungshilfen von 25 Milliarden Euro geben.

„Wir wollen mit Wumms aus der Krise kommen“, fasste Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) die Ergebnisse des Koalitionsausschusses zusammen. Zuvor hatten die Spitzen von Regierung und Koalitionsfraktionen insgesamt 21 Stunden die Einzelheiten verhandelt.

„In Spandau werden vor allem Fa-

milien und Unternehmen profitieren, Ausbildungs- und Arbeitsplätze können gesichert werden“, erläutert Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank (SPD) die Bedeutung der Ergebnisse für Spandau. Hier seien unter anderem die steuerliche Entlastung von Alleinerziehenden, der Familienbonus, weitere Investitionen in Kitas und Krippen sowie die finanzielle Förderung beim Erhalt oder dem Ausbau von Ausbildungsplätzen zu nennen.

Von „beispielhaften Ergebnissen“ sprach auch SPD-Chef Norbert Walter-Borjans. Denn allein die Mehrwertsteuersenkung werde die Verbraucherinnen und Verbraucher um rund 20 Milliarden Euro entlasten. Vom 1. Juli 2020 bis Ende des Jahres wird die Mehrwertsteuer von 19 auf 16 % sinken, beim ermäßigten Satz werden es statt 7 nun 5 % sein. Hinzu kommt für Familien ein

Kinderbonus von 300 Euro für jedes Kind. Dafür hatte sich die SPD schon im Vorfeld stark gemacht.



Ein Konjunkturpaket „mit Wumms“: Die SPD stärkt Kommunen und Familien. Foto: Pixabay

Städte und Gemeinden können wieder investieren

Ebenso hat sich die Koalition auf den Vorschlag der SPD geeinigt, die Kommunen kräftig zu entlasten. So sollen die krisenbedingten Ausfälle

bei der Gewerbesteuer ausgeglichen werden. Sie betragen laut Steuerschätzung rund 12 Milliarden Euro. Zusätzlich übernimmt der Bund die Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung. Auch dies wird ein wichtiger Konjunkturimpuls sein, denn „die Kommunen sind der tragende Teil von Investitionen“, betonte SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich.

Rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen werden in den Städten und Gemeinden ausgelöst. Von der Entlastung der Kommunen profitiert Spandau zwar nicht direkt, aber „weil damit auch Berlin entlastet wird, können Investitionen und Personal in den Bezirken weiter ausgebaut werden“, kommentiert Kleebank.

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hatte durchgesetzt, dass weder bei den Investitionen noch beim Bezirkspersonal gespart werden muss. Auch die Berliner

Schulbauoffensive mit Investitionen von mehr als einer halben Milliarde Euro allein für die Spandauer Schulen läuft weiter.

Für Klimaschutz und ein modernes Land soll außerdem kräftig in die Entwicklung von Elektromobilität investiert werden, in die Ladesäuleninfrastruktur, in eine Wasserstoffstrategie und in die Digitalisierung. Die Erneuerbaren Energien sollen zügig ausgebaut werden. „Hier hätte ich mir noch mehr vorstellen können“, so Kleebank. Die letzten heißen Sommer und insgesamt extrem trockenen Jahre hätten gezeigt, dass der Klimawandel nicht nur im Süden des Planeten oder an den Meeresküsten fatale Auswirkungen hat.

Kleebank weiter: „Die Koalition setzt zu Recht auf eine gestärkte Kaufkraft der Menschen, auf eine Stärkung der Kommunen und auf eine Stärkung von Forschung und Technik für den Klimaschutz.“

## Für den Fall der Fälle: Ein Rettungsschirm für die Bezirke

Seit dem großen Schuldenabbau von 2011 bis 2013 ist Spandau schuldenfrei geblieben. Das bleibt auch trotz Corona so!

Mehr als 18 Millionen Euro Schulden hatte der Bezirk Spandau noch im Jahre 2011. Ein harter Sparkurs machte Spandau innerhalb von drei Jahren schuldenfrei. Seitdem hatte der Bezirk Spandau durchgehend positive Jahresabschlüsse. Das frei gewordene Geld wurde zum Beispiel in die Sanierung von Schultoiletten, die Pflege der Grünflächen, die Jugendarbeit oder Straßenbau gesteckt.

Dass die Corona-Krise zusätzliche Kosten und hohe Steuerausfälle

verursacht, ist inzwischen allgemein bekannt. Lange war aber nicht klar, was das für die Berliner Bezirke bedeuten würde. Viele befürchteten neue Sparvorgaben beim Personal und bei den Investitionen.

„Uns war in den Verhandlungen mit dem Finanzsenator wichtig, dass durch die Corona-Krise kein Bezirk in eine neue Schuldenfalle getrieben wird. Auch, dass etwaige Guthaben, mit denen wichtige Bezirksvorhaben finanziert werden sollen, durch Corona-Mehrkosten regelrecht aufgefressen werden“,

sagt der Spandauer Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank (SPD), „galt es zu verhindern.“

Corona-bedingt gibt es in vielen Bereichen veränderte Einnahmen und Ausgaben. Zusätzliche Schutzausrüstung für die Beschäftigten und eine zusätzliche Tagesreinigung in jeder Schule sind nur Beispiele für den Mehraufwand, den die Bezirke finanzieren müssen.

Verschiedene Einnahmen wie zum Beispiel die Kursgebühren in der Volkshochschule und in der Musikschule sind andererseits wegge-

fallen.

Insgesamt rechnet der Spandauer Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank zurzeit mit einer Corona-bedingte Belastung von rund 3 Millionen Euro für den Spandauer Bezirkshaushalt und sagt:

„Derzeit weiß niemand, wie die Mehrbelastung für die Berliner Bezirke am Ende wirklich aussehen wird. Deshalb begrüße ich den Rettungsschirm für die Bezirke. Sollte ein Bezirk im Jahr 2020 ins Minus rutschen, gleicht das Land dieses Minus im Nachhinein vollständig aus.“



Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank. Foto: Jürgen Jänen

# Bier vom Fass, Kohlrouladen und Crème brûlée

Aber warum will der Staat wissen, wann ich esse?

**Der Mai war ein wichtiger Monat für die Gastronomie. Nach dem Gaststätten allgemein schließen mussten und es nur noch Lieferservice und Take away gab, brachen für die Gastronomen die Umsätze von heute auf morgen weg.**

Eine verheerende wirtschaftliche Situation auch für deren Angestellte und Familien. Ein Hygienekonzept unter Wahrung der Kontaktbeschränkungen, wie sie die Eindämmungsmaßnahmenverordnung vorsah, schien unerreichbar. „Ich habe mit vielen Gastronomen gesprochen, diskutiert und hier und dort auch gestritten, um eine gemeinsame Lösung zu finden.“, so der Bezirksstadtrat Stephan Machulik. Auch nach den Lockerungen für die Speisewirtschaft und seit Juni für die verbliebenen Gaststätten, ist von Normalität keine Rede. Es gibt einen vorgeschriebenen Öffnungskorridor von 6.00 – 23.00 Uhr, Maskenpflicht für die Angestellten in den gastronomischen Betrieben (inklusive Außenbereiche) aber auch für die Gäste, die in den Innenbereichen zu ihrem Tisch oder zur Toilette gehen wollen. Schwerlich

lässt sich vielerorts die Maßnahme umsetzen, dass zwischen Tischen samt Stühlen 1,5m Abstand bestehen soll. Nicht jeder kann die Tische einfach verschieben, manche haben festinstallierte Tischgruppen. Egal wie kreativ die Lösungen sind, wie entgegenkommend die Verwaltung ist, es wird immer zu einer Verknappung von Sitzplätzen kommen.

Aber wer darf überhaupt zusammen an einem Tisch sitzen und wer kontrolliert das?

Die Regeln sind klar. Bei der Umsetzung ist der Gastronom auf die Ehrlichkeit und das Verständnis seiner Gäste angewiesen. Mehr als 5 Personen dürfen nicht an einen Tisch und diese sollen dabei 1,5 Meter Abstand einhalten. An handelsüblichen Gastrotischen ist dies fast unmöglich. Auf eine Currywurst mit einem Bier vorstellbar, bei einem Zanderfilet mit Weißwein zur Festlichkeit eher unpassend. Jetzt wird viel auf Reinigung, Desinfektion und Lüftungskonzepte gesetzt, um die Gefahr einer Infektion zu minimieren. Das machen die Gastronomen hervorragend. Es zahlt



Der Mai war ein wichtiger Monat für die Gastronomie. Foto: SPD-Fraktion Spandau

sich aus, dass der Bezirk mit seinen Gastronomen immer im Gespräch geblieben ist und so umsetzbare Lösungen gefunden hat.

Und für den Fall, wenn doch etwas passiert?

Wenn eine Neuinfektion bekannt wird, dann wird versucht, nachzuvollziehen, wer mit wem Kontakt

hatte. Für solche Situationen war die Anwesenheitsdokumentation, in der die Kontaktdaten der Gäste vermerkt waren, dringlich empfohlen worden, jetzt ist sie Pflicht! Die Idee ist, dass man sehr schnell die Kontakte eines Infizierten kennt, diese informieren und ihnen helfen kann. Ein Punkt an dem auf jeden Fall nachgebessert werden muss. Es klingt simpel: Jeder trägt in einer

Gästeliste seinen Namen, seine Adresse und Telefonnummer ein und das Problem ist gelöst.

Aber wer hat Zugriff auf die Liste und wer löscht die Daten gewissenhaft nach vier Wochen?

All diese Fragen kann man umgehen, wenn man statt der vollständigen Daten einfach seine Personalausweisnummer angeben könnte. Die Servicekräfte wissen nicht wer man ist und wo man wohnt, niemand kann mit den Listen irgendetwas anstellen und mein Nachbar, der drei Stunden später sich in eine Liste einträgt, weiß nicht, dass ich da war. Kommt es zu einer Infektion, übermittelt der Gastronom die Daten an das Gesundheitsamt, die anhand der Dokumentennummer die Kontakte identifiziert. In einer Touristen-Metropole wie Berlin reicht dies aber nicht aus. Um auch unsere Gäste zu schützen, müssen wir eng mit den Hotels zusammenarbeiten. Diese haben alle Kontaktdaten ihrer Berlin-Besucher und müssten Nummernkarten ausstellen, die dann im Falle der Fälle der Identifikation dienen.

## Rathaus öffnet wieder!

Die Publikumsbereiche kommen aus dem Notbetrieb

**Am 13. März kam der Lockdown. Er traf alle Bereiche der Verwaltung. Im Erdgeschoss des Rathauses war es von einem Tag auf den anderen menschenleer. Bürgeramt, Wohnungsamt und Standesamt schlossen ihre offenen Sprechstunden und wechselten in den Notbetrieb, um nur die wichtigsten Anliegen der Spandauer zu bearbeiten.**

Nach mehrwöchigem Notbetrieb öffnen die Berliner Bürgerämter wieder. Das aktuelle Infektionsgeschehen ermöglicht eine schrittweise Erhöhung des Publikumsverkehrs, so dass die Bürgerämter ihren Service wieder anlaufen lassen. Um sicherzustellen, dass nicht zu viele Menschen sich im Rathaus aufhalten, ist ein Termin zwingend erforderlich. Es gilt für die BürgerInnen eine Maskenpflicht in den Dienstgebäuden. Es wird noch eine Weile dauern, bis der normale Trubel wieder möglich ist. Aber ist er auch gewollt? In der Krise hat man gesehen, dass viele Behördengänge ins Rathaus gar nicht zwingend er-

forderlich sind, sondern man diese auch per e-Mail oder Post erledigen kann. Entscheidungen des Senats haben die BürgerInnen und die MitarbeiterInnen entlastet, wie z.B. die Verlängerung der Gültigkeit von auslaufenden Berlinpässen oder AnwohnerVignetten. Deshalb ist es das gemeinsame Ziel des Senats und der Bezirke, dass Berlin künftig viele Dienstleistungen online anbieten wird. Dazu müssen die Rechnerleistungen im Land Berlin erhöht werden, Arbeits- und Verwaltungsabläufe optimiert werden und das sog. Servicekonto in der Bevölkerung bekannter gemacht werden.

Durch das Freischalten des Servicekontos identifiziert sich der Bürger/in einmalig und kann dann auf Dienstleistungen per Internet zugreifen, für die er sonst persönlich im Bürgeramt erscheinen müsste. Für alle, die entweder die technischen Voraussetzungen nicht haben oder aber nicht in der digitalen Welt unterwegs sein wollen, bleiben aber die Bürgerämter auch in Zukunft die bewährte Anlaufstelle im Bezirk.

## Wenn der Markt nichts mehr regelt...

... dann ist der Staat bereit!

**Pandemiebedingt kommt die Konjunktur ins Stocken, die Steuereinnahmen brechen ein und von einigen HaushälterInnen wird unter dem Refrain der „Schwarzen Null“ wieder ein Spargesang angestimmt.**

Das Sprichwort „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not!“ wird somit komplett umgedeutet. Während Berlin in den vergangenen Jahren boomte, Bauvorhaben vor keinem Kiez haltmachen und die Steuereinnahmen stiegen, hatten das Land Berlin wieder finanzielle Mittel, um zum einen den Schuldenabbau voranzutreiben und zum anderen um selbst wichtige Projekte im Bereich der Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Dienstgebäuden zu beginnen. Dieser Plan ging in seiner Schnelligkeit und Vollständigkeit leider nicht in Erfüllung, wie man sich das vorstellte. Der private Bauboom ging nicht nur weiter, sondern „explodierte“. Ein gigantisches Projekt nach dem anderen wurde aufgelegt - auch in Spandau mit den Pro-

jekten Gartenfeld und Siemensstadt - und man erhoffte sich anscheinend ein schier nie endendes Wachstum. Doch schnell wurde deutlich, dass Baumaterialien knapp wurden, die Firmen so ausgelastet waren, dass sie keine Projektleiter, Bauarbeiter und Handwerker mehr zur Verfügung hatten und sich somit Bauzeitpläne und Kosten negativ entwickelten. Für die öffentliche Hand wurde es fast unmöglich verlässliche Firmen zu finden. Auf Ausschreibungen bewarben sich immer weniger und wenn dann mit Preisvorstellungen jenseits der in den bezirklichen Haushalten festgelegten Höhen.

Mit der Pandemie und dem Lockdown veränderte sich aber die Situation: private Projekte werden überprüft, verschoben und die staatlichen Einnahmen sanken. Gerade in diesen Zeiten muss der Staat, das Land Berlin und der Bezirk Spandau weiter investieren können, denn

1. die jahrzehntelangen Einsparungen der Vergangenheit haben

marode Spuren hinterlassen

2. viele Unternehmen, die bislang bei privaten Projekten tätig waren, verlieren ihre Aufträge

3. durch staatliche Investitionen werden die Unternehmen geschützt

4. durch eine antizyklische Investitionspolitik (bricht der private Markt ein - dann baut der Staatwird einer Rezession entgegen gewirkt.

Genau das will der sozialdemokratisch geführte Senat in der Not jetzt tun: Investieren, Unternehmen stärken und Arbeitslosigkeit verhindern. Auch wenn neue Schulden das Ergebnis sind, werden die Investitionen Früchte tragen und am Ende für alle Vorteile bringen.



Wenn der Markt nichts mehr regelt, dann ist der Staat bereit.

Foto: SPD-Fraktion Spandau

## Die Jugendfreizeiteinrichtungen öffnen wieder

Unsere Einrichtungen sind für unsere Jugendlichen erreichbar!

**Auch an der Jugendarbeit gingen die letzten Wochen nicht spurlos vorbei. Die Jugendfreizeiteinrichtungen mussten schließen und ein wichtiger Anlaufpunkt für die Jugendlichen in den Kiezen brach weg. Der Ort, an dem sich Kinder und Jugendliche nach der Schule trafen, austauschten, aber auch Hilfestellungen in besonderen Lebenssituationen erfahren, war von einem Tag zum anderen nicht mehr erreichbar.**

In dieser Situation musste etwas entgegengesetzt werden und so war es eine richtige Entschei-

dung des Bezirks, die MitarbeiterInnen der Einrichtungen trotz Schließung vor Ort weiterhin einzusetzen. Sehr schnell wurden eine Vielzahl an neuen Konzepten erarbeitet, wie man über Onlineplattformen den Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen aufrechterhalten kann. Jede Einrichtung war über Messengerdienste, Onlinecontests aber auch über Telefon- bzw. Videokonferenzen erreichbar. Das Angebot wurde von den Jugendlichen sehr gut wahrgenommen. Die Pandemie hat gezeigt, dass nicht alle an Online-

angeboten teilnehmen. Deshalb müssen die digitalen Voraussetzungen für die Einrichtungen und die Betroffenen verbessert werden. Aber die MitarbeiterInnen blieben nicht nur „online“ in Kontakt, sondern waren auch draußen in den Grünanlagen, auf den Spiel- und Sportplätzen unterwegs. Dort, wo sich die Jugendlichen aufhielten, hörten sie ihnen zu, versuchten Hilfe anzubieten und erklärten die notwendigen Verhaltensregeln während der Pandemie. Langsam kommt ein Stück Normalität in die bezirkliche Jugendarbeit zurück.

Glücklicherweise können nun die Einrichtungen wieder unter besonderen Bedingungen öffnen:

- Klare Hygieneregeln
- begrenzte Besucherzahl und
- Gruppenarbeitsangebote nach Anmeldung.



Das Jugendamt ist erreichbar.

Foto: SPD-Fraktion Spandau

Die große Herausforderung werden aber die Sommerferien werden. Viele Familien werden nicht verreisen, da ihnen aufgrund der wirtschaftlichen Lage in der Pandemie das Geld fehlt oder sie das Infektionsrisiko hoch einschätzen. Weitere sechs Wochen in den eigenen vier Wänden können den Kindern und Jugendlichen nicht zugemutet werden.

Auch in Corona-Zeiten ist der Bezirk Spandau für die Jugend da. Deshalb wird intensiv an der Schaffung von Unterhaltungsangeboten von den Einrichtungen gearbeitet.

# Barrierefreiheit für alle bitte!

SPD Fraktion Spandau setzt sich für Barrierefreiheit ein

**In Hakenfelde sind die Bushaltestellen in der Streitstraße/ Ecke Rauchstraße für die Kundinnen und Kunden der BVG eine Zumutung. Die Haltestellen sind durch Stromverteilerkästen, Wasse- rhydranten, Baumstümpfen und Baumscheiben arg eingeschränkt. Fahrgäste mit Kinderwagen, Rollatoren oder Rollstühlen ist das Ein- bzw. Aussteigen aus den Bussen erschwert.**

„Es ist nicht hinnehmbar, dass Fahrgästen der BVG solche Hindernisse in den Weg gestellt werden.“, so die SPD-BVV-Verordnete Sebahat Atli. Deshalb hat sie mit der SPD-Fraktion in der Spandauer BVV einen Antrag eingebracht, das auch in der Streitstraße/ Ecke Rauchstraße das Be- und Aussteigen der barrierefrei gestaltet wird. Denn Mobilität und Barrierefreiheit sind wichtige Voraussetzungen für eine selbstständige und selbstbe-

stimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Barrierefreiheit erfordert, dass die Umwelt von jedem Menschen, unabhängig von Alter oder Behinderung genutzt werden kann. Dabei ist es neben den baulichen Veränderungen an den Bushaltestellen erforderlich, das gesellschaftliche Bewusstsein gegenüber Menschen mit Einschränkungen zu verbessern. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie Eltern mit dem Kinderwagen, ältere Menschen mit Rollatoren oder Rollstuhlnutzer\*innen sind.

„Wir werden bei der zukünftigen Planung von Bushaltestellen darauf achten müssen, dass weder Stromverteilerkästen, Hydranten noch Baumstümpfe das Ein- bzw. Aussteigen behindern. Nur wenn der ÖPNV für alle einfach und attraktiv nutzbar ist, gelingt uns die Verkehrswende“, so die BVV-Verordnete Atli.



Sebahat Atli an der Haltestelle Streitstraße/Rauchstraße. Foto: Jürgen Jänen

## Radwege für Spandau

Ein dichteres Radwegenetz für die Havelstadt

**Zurzeit ist die Verkehrswende in aller Munde. Gerade in einem Außenbezirk wie Spandau ist ein intaktes Radwegenetz dringend notwendig. Deshalb sind Sanierungen und Instandsetzungen von vorhandenen Radwegen notwendig. So ist die Instandsetzung der Radwegoberfläche am Wröhmännerpark sehr zu begrüßen.**

Um vielen Menschen die Nutzung des Fahrrades als Fortbewegungsmittel schmackhaft zu machen, ist neben der Sanierung aber auch die Schaffung von neuen und vor allem von barrierefreien Radschnellwegen in die Innenstadt nötig. Das bedeutet, dass auch in Spandau, wie in den Innenstadtbezirken, Radschnellwege errichtet werden. „Nur wenn man mit dem Fahrrad zügig in die Innenstadt kommt, ohne durch Ampelfluten am zügigen Fahren gehindert zu werden, akzeptieren

die Menschen das Fahrrad als ein weiterer Teil zur Umsetzung der Verkehrswende.“, so der SPD Bürgerdeputierte Rene Diesterhöft. Deshalb fordert Diesterhöft eine komplette Bestandsaufnahme über den Zustand der Spandauer Radwege und ein zügiges Konzept von Radschnellwegen von Spandau nach Berlin. Dabei reicht es nicht, einen Radschnellweg zu realisieren. Es müssen Radschnellwege aus dem Norden (Hakenfelde) und aus dem Süden (Heerstraße) sowie aus der Mitte (Rathaus Spandau) in den Innenstadtring der S-Bahn Berlin geschaffen werden. „Wir dürfen nicht noch mehr Zeit mit planen, verwerfen, nicht bauen verschwenden.“, so Diesterhöft.

Der Bürgerdeputierte fordert eine schnelle, unbürokratische Umsetzung eines Radwegenetzes für Spandau. Um diesen Teil der Verkehrswende erfolgreich umzusetzen.



Sanierung des Radweges am Wröhmännerpark. Foto: Jürgen Jänen

## Busspuren für den ÖPNV!

Um die Verkehrswende zu erreichen, braucht es Busspuren.

**Seit Jahren beschäftigt sich die SPD mit der Verkehrswende. Um das Verkehrschaos in Spandau zu entzerren, hat die SPD-Spandau ein Nahverkehrskonzept entwickelt. Hierbei setzt sie vor allem darauf, dass die öffentlichen Busse schneller durch den Verkehr fahren können. Dafür ist die Ausweitung von Busspuren nötig.**

Der Berliner Senat hat dies nun aufgegriffen. So werden in der Daumstraße, am Falkenseer Damm, in der Ruhlebener Straße, in der Charlottenburger Chaussee, in der

Rauchstraße und am Brunsbütteler Damm (vom Bahnhof Spandau bis zur Klosterstraße) neue Busspuren und Erweiterungsbusspuren geplant und umgesetzt. „Wir Verkehrspolitiker\*innen der SPD Spandau fordern seit Jahren die Erweiterung des Busspurennetzes in Spandau. Deshalb begrüßen wir die Schaffung dieser neuen Busspuren sehr. Wir vermissen aber noch die Busspur in der Falkenseer Chaussee (ab Am Kiesteich bis Stadtgrenze)“, so Jochen Anders der Verkehrspolitische Sprecher der BVV-Fraktion.

Busspuren fördern kostengünstig

den ÖPNV. Dadurch können Busse ihren Fahrplan pünktlicher einhalten. Die SPD-BVV Fraktion ist davon überzeugt, dass dies die Attraktivität des ÖPNV erhöht und so für viele der Umstieg vom Individualverkehr auf den ÖPNV erleichtert. Aber Busspuren sind nur ein erster Schritt. Der ÖPNV in Spandau muss noch mehr an die Bedürfnisse der Spandauerinnen und Spandauer angepasst werden. Deshalb wird die SPD-Fraktion in der BVV Spandau weitere Möglichkeiten erörtern, wie der ÖPNV attraktiver gestaltet werden kann.



Um die Verkehrswende zu erreichen, braucht es dirgend Busspuren. Foto: Jürgen Jänen

## Schildbürgerstreich behoben

Ruhebänke in der Cautiusstraße wieder aufgestellt

**Vor Jahren wurden die Sitzbänke in der Cautiusstraße aus unbekanntem Gründen entfernt. Die Anwohnerinnen und Anwohner konnten sich so nicht mehr im öffentlichen Straßenland der Cautiusstraße zu einem Plausch hinsetzen oder dort kurz erholen. Als der Nahversorger am Forstacker seine Pforten schloss, mussten viele Menschen weitere Wege in Kauf nehmen, um ihren täglichen Einkauf zu erledigen.**

**Sie vermissen ihre Ruhebänke. Christel Kentsche trug dieses Problem an die SPD-BVV-Verordnete Sebahat Atli heran.**

Atli stellte mit der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Spandau einen entsprechenden Antrag. In diesem Antrag forderte sie die Wiederaufstellung der beiden Ruhebänke in Hakenfelde.

In verschiedenen Ausschusssitzungen und im Bezirksparlament Spandaus wurde dies dann be-

schlossen und dann umgesetzt.

„Gerade unsere älteren Mitmenschen verdienen Respekt. Ich bin glücklich, dass es uns gelungen ist, den Schildbürgerstreich aus der Vergangenheit rückgängig zu machen und die Ruhebänke in der Cautiusstraße wieder aufstellen zu können.“

Ich wünsche allen Anwohnerinnen und Anwohnern in Hakenfelde viel Spaß und gute Erholung bei der Nutzung dieser beiden Bänke.“, so Sebahat Atli.



Stadtrat Machulik beim Probesitzen auf den neuen Bänken. Foto: Jürgen Jänen

# SPD bringt Milieuschutz in Spandau auf den Weg

Nach Anfangsschwierigkeiten kommt jetzt auch in Spandau der Milieuschutz

Die Meldungen in den letzten Wochen haben aufgeschreckt. Erneut hat Spandau fast 300 Mietwohnungen verloren. Aber es gibt auch eine andere Seite dieser Meldung: Spandau war einfach zu langsam mit dem Beschluss über die Aufstellung der Erhaltungsvorordnung (Milieuschutz).

Bereits 2017 wurden von der SPD-Fraktion Anträge gestellt, den Bezirk einem Grobscreening zu unterziehen, in dem geprüft wird, ob

die Bedingungen für Milieuschutzgebiete gegeben sind.

Nachdem das Grobscreening Mitte 2018 endlich in Auftrag gegeben worden ist, haben viele Vermieter und Investoren reagiert und für Wohnungen, die für die Umwandlung in Eigentumswohnungen erforderliche Abgeschlossenheitsbescheinigung beantragt. Erst mit dem Beschluss über die Aufstellung der Erhaltungsvorordnung konnte die Umwandlung ab 18.06.2019 untersagt werden.



Milieuschutzgebiet in der Neustadt. Foto: Jürgen Jänen

Dem Beschluss gingen zähe Verhandlungen aller demokratischen Parteien voran. Dem Ansinnen von Linkspartei und SPD konnten die anderen Parteien in der BVV anfangs nicht folgen. Hierzu die Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, Ina Bittroff (SPD):

„Gerne hätten wir die Verhandlungen im Ausschuss über den Aufstellungsbeschluss schon erheblich früher getroffen, um eine weitere Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu verhindern.“

## Hissen der Regenbogenfahne

Flagge zeigen gegen Homo- und Transphobie am 08. Juli

Am 08. Juli 2020, 12:30 Uhr wird die Regenbogenfahne vor dem Rathaus Spandau durch den Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank gehisst. Die Regenbogenfahne steht für Toleranz und Akzeptanz.

Sie ist ein Zeichen für die sexuelle Vielfalt der Lebensformen. Mit dieser Veranstaltung will der Bezirk Spandau gemeinsam mit dem LSVD Berlin-Brandenburg ein

Zeichen gegen die Ausgrenzung von LGBTI-Personen in Spandau setzen. Das jährliche Hissen der Regenbogenflagge ist ein Bekenntnis für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft in Europa, Deutschland, Berlin und Spandau. Es ist ein Aufruf und eine Erinnerung an alle, gemeinsam gegen Ausgrenzung, Intoleranz, Verfolgung und Beleidigung zu stehen. Berlin muss weiterhin die Regenbogen-Hauptstadt bleiben.

Berlin muss international als Vorbild für den Umgang mit Minderheiten wirken.

Alle Spandauerinnen und Spandauer sind aufgerufen bei der Flaggenhissung Gesicht zu zeigen. „Ich freue mich darauf mit dem Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank ein Zeichen für Akzeptanz und Toleranz zu setzen.“, so Jörg Steinert der Geschäftsführer des LSVD Berlin-Brandenburg.



Die Regenbogenfahne. Foto: Pixabay

## Das Große Spandau Rätsel der SPD-Fraktion

Hier können echte Spandauexpertinnen und -Experten ihr Wissen unter Beweis stellen

Spandau ist ein Bezirk von Berlin. Viele Spandauerinnen und Spandauer betonen aber, dass Berlin bei Spandau liegt. Dies resultiert daraus, dass Spandau ältere Stadtrechte als Berlin hat. Quer durch alle Parteien treten die Spandauerinnen und Spandauer im Berliner Parlament sehr selbstbewusst auf. Man könnte sie auch als das gallische Volk bezeichnen.

In diesem Quiz haben wir ein paar Besonderheiten aus der Havelstadt zusammen getragen. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir tolle Gewinne aus unserem Bezirk Spandau.

Viel Spaß und Glück!

Bitte tragen Sie die richtigen Antwort in die beigefügte Postkarte (siehe unten rechts) ein. Sie haben auch die Möglichkeit Ihre richtigen Antworten an die E-Mail-Adresse der SPD Fraktion Spandau (info@spd-fraktion-spandau.de) mit dem Stichwort Sommerrätsel 2020 zu senden.

### Frage 1:

Spandau gibt seinen Orten im Bezirk teilweise sehr spezielle Namen, gerne auch mit Tierbezug, so kann ein Bach im Norden schonmal „Kuhlake“ heißen. Welcher bekannte Bach, folgt dieser Logik und verbindet, die Ortsteile Wilhelmstadt und Staaken miteinander?

### Frage 2:

Zu Zeiten der Teilung Berlins, setzte die britische Königin Elisabeth II. bei ihren Besuchen in Berlin immer zuerst in Spandau ihren Fuß auf den Boden unserer Stadt. Warum war das so?

### Frage 3:

Im September 1988 schrieb Spandau Geschichte. Als erster westlicher Bezirk des noch geteilten Berlins schloss er eine Städtepartnerschaft mit einer Gemeinde in der ehemaligen DDR. Welche Gemeinde ist seitdem Partnerstadt des Bezirks Spandau und welcher Bezirksbürgermeister bereitete diese Partnerschaft vor?

### Frage 4:

Wie viele Stadtteile zählt der Bezirk Spandau?

### Frage 5:

In welchem Jahr wurde die Stadt Spandau gegründet?

### Frage 6:

Spandau ist ein traditionsreicher Industriestandort. Spandau ist das Gründungszentrum einiger bestehender und ehemaliger Weltkonzerne. Ein Spandauer Stadtteil verdankt einem dieser Weltkonzerne seinen Namen, welcher?

### Frage 7:

Welche Bahnhöfe tragen den historischen Namen Spandau Hauptbahnhof und Spandau-West?

### Frage 8:

Seit wie vielen Jahren ist Spandau im Jahr 2020 Teil Berlins?

### Frage 9:

2020 jährte sich zum 75. Mal die Befreiung Deutschlands. Spandau wurde wenige Tage vor der endgültigen Kapitulation der Wehrmacht bereits am 01.05. mit der symbolträchtigen Übergabe der Zitadelle befreit. Dass dies ohne Schüsse und Blutvergießen geschehen konnte, ist einem jungen Offizier

der roten Armee zu verdanken, nach dem der Rundweg vor der Zitadelle heute benannt ist. Wie hieß der junge Soldat?

### Frage 10:

Spandau ist die Heimat eines einmaligen deutschen Spitzenteams. In welcher Sportart und durch welchen Verein stellt Spandau den deutschen Rekordmeister?



### Antworten

Frage 1: \_\_\_\_\_

Frage 2: \_\_\_\_\_

Frage 3: \_\_\_\_\_

Frage 4: \_\_\_\_\_

Frage 5: \_\_\_\_\_

Frage 6: \_\_\_\_\_

Frage 7: \_\_\_\_\_

Frage 8: \_\_\_\_\_

Frage 9: \_\_\_\_\_

Frage 10: \_\_\_\_\_



SPD Fraktion Spandau

Rathaus Spandau  
Carl-Schurz-Str. 2-6  
13597 Berlin

# Jusos Spandau organisieren Sommerputz 2020

Grüner Daumen für Spandau: Ausweitung des Klima-, Natur- und Umweltprogramms der Jusos

**Neben dem Alltagsmüll werden zunehmend viele in der Corona-Krise genutzten Handschuhe und Masken achtlos entsorgt, landen auf der Straße und sogar in der Natur, wie zum Beispiel in den öffentlichen Grün- und Parkanlagen Spandaus. Das schädigt unsere Umwelt und darf nicht sein.**

Deshalb haben die Jusos Spandau für die Sommerzeit einen wöchentlichen Kiez- und Sommerputz der öffentlichen Grün- und Parkanlagen Spandaus ins Leben gerufen. Ziel ist es, alle Spandauer Parkanlagen, die nicht zum BSR-Pilotprojekt Parkreinigung zählen, von Müll zu befreien und somit den Naherholungswert für die Spandauerinnen und Spandauer wiederherzustellen.

Der Stadtrat für Ordnung, Bürgerdienste und Jugend, Stephan Machulik, die Bezirksverordneten der SPD-Fraktion Spandau Sebahat Atli und Lukas Schulz, die SPD-Ab-

teilung Neustadt sowie die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Susanne Pape unterstützen die Jusos Spandau bei ihrem Vorhaben.

Die ersten Parkanlagen, wie zum Beispiel der Koeltzepark in Neustadt und der Park am Nordhafen in Hakenfelde, sind von vielen fleißigen Helferinnen und Helfern gereinigt worden. Viele weitere Grünflächen in den anderen Spandauer Kiezen werden folgen.

„Wir möchten mit unserem Sommerputzprogramm einen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz, auch in Corona-Zeiten, leisten. Dafür packen wir mit Hilfe zahlreicher Genossinnen und Genossen aus der BVV und den angrenzenden Kiezen an. Die Ergebnisse der ersten Parkreinigungen können sich sehen lassen: Die geputzten Parkanlagen sind sichtbar sauberer.“, so der Kreisvorsitzende der Jusos Spandau Francesco-Marco Tommasino.



Die vielen fleißigen Helferinnen und Helfer beim Sommerputz im Koeltzepark. Foto: Jürgen Jänen

## Südhafen: Neue Perspektiven nutzen!

Kleingewerbe und Wohnungen im ehemaligen Südhafen bauen

**Seit vielen Jahren liegt er brach, wird als Standort für eine Container-Unterkunft für Flüchtlinge genutzt und soll jetzt wieder als Hafenanlage genutzt werden: Der Südhafen in Spandau.**

Die SPD-Fraktion in der BVV Spandau will hier jedoch eine andere Perspektive schaffen. Auf dem ehemaligen Hafengelände will die SPD Wohn- und Gewerbestandorte mit kleinteiliger Nutzung realisieren.

Hierzu die Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses Ina Bittroff (SPD): „Besonderer

Knackpunkt bei der durch Senat und BEHALA geplanten Nutzung ist die Verkehrsanbindung an die Schiene und Straße. Es wird mit mehr Schwerlastverkehr gerechnet. Die Schienenanbindung würde die Schulenburgstraße kreuzen und zu weiteren Behinderungen führen. Befürchtet wird, dass der Schwerlastverkehr wieder durch die Wilhelmstadt, über Adamstraße, Pichelsdorfer Straße und Weißenburger Straße, führen würde. Bereits heute wird die Begrenzung der Höchstlast der Schulenburgbrücke missachtet.“

Bereits in den vorherigen Legisla-

turperioden haben sich die Bezirksverordneten gegen den Südhafen als Hafenanlage ausgesprochen. Dieses Begehren wurde mit einem erneuten Beschluss bekräftigt.

Die SPD selbst sieht noch Hoffnung, an dieser Stelle den Hafenanlage zu verhindern. Im Berliner Umland existieren bereits trimodale Hafenanlagen mit entsprechenden Bahn- und Straßenanschlüssen, die die Aufgaben des Südhafens mitübernehmen könnten. Die Schaffung von Doppelstrukturen lehnt die Spandauer SPD ab. Deshalb muss der Südhafen in Spandau anders genutzt werden.

## Problem: Wildwuchs

Ausschreibungen müssen wiederholt werden

**Der Sportjugendclub Wildwuchs in der Wilhelmstadt wird nun noch länger auf seine neue Heimat warten müssen. In der Sitzung des Ausschusses für Hochbau und Liegenschaften teilte der für den Bau zuständige Stadtrat mit, dass die Angebote für die Ausschreibungen ca. 30 % über der Schätzung liegen.**

Nun soll eine erneute Ausschreibung erfolgen und gleichzeitig an der Ausführung gespart werden. Die Bezirksverordnete Ina Bittroff

sagt dazu: „Ein einstöckiger Bau wäre eine Katastrophe für die Jugendfreizeiteinrichtung in der Spandauer Wilhelmstadt. Hier wird bei unseren Kindern gespart, die seit Jahren als Ausweichquartier im Container sitzen müssen. Die Bauarbeiten verzögern sich immer wieder und die Preise steigen in dieser Zeit. Eine Fertigstellung war für das Jahr 2018 geplant. Gute, fundierte Bauplanung sieht definitiv anders aus. Mit fehlerhaften Schätzungen können Ausschreibungen nur scheitern.“

# WIR WÜNSCHEN EINEN SCHÖNEN UND ERHOLSAMEN SOMMER!

**SPD**

**FRAKTIONSPANDAU**

